



**2018/2114(INI)**

8.1.2019

# **STELLUNGNAHME**

des Haushaltskontrollausschusses

für den Ausschuss für konstitutionelle Fragen

zu der Umsetzung der rechtlichen Bestimmungen und der gemeinsamen  
Erklärung zur Gewährleistung der parlamentarischen Kontrolle über die  
dezentralen Agenturen  
(2018/2114(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Dennis de Jong

PA\_NonLeg

## VORSCHLÄGE

Der Haushaltskontrollausschuss ersucht den federführenden Ausschuss für konstitutionelle Fragen, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. erkennt an, dass die Agenturen der Union die gemeinsame Erklärung, das gemeinsame Konzept und den dazugehörigen Fahrplan umsetzen; unterstreicht insbesondere die Empfehlungen der interinstitutionellen Arbeitsgruppe zu den dezentralen Agenturen (IIAG), die die Konferenz der Präsidenten am 18. Januar 2018 befürwortete; nimmt zur Kenntnis, dass die Arbeit der IIAG mit der Folgesitzung vom 12. Juli 2018 als beendet galt;
2. begrüßt den Entwurf der Kommission für einen überarbeiteten Text der Rahmenfinanzregelung für die dezentralen Agenturen und insbesondere ihre darin dargelegten Pläne zur Stärkung der Governance dieser Agenturen;
3. ist jedoch weiter der Ansicht, dass vielfältige Probleme noch immer ungelöst sind, und fordert die Kommission auf, gemäß der Empfehlung der IIAG unverzüglich eine Bewertung der Agenturen mit mehreren Dienstorten sowie aufgrund einer sorgfältigen tiefgreifenden Analyse und unter Zugrundelegung klarer und transparenter Kriterien Vorschläge für mögliche Fusionen, Schließungen und/oder Aufgabenübertragungen an die Kommission vorzulegen, was in der Aufgabenstellung der IIAG vorgesehen war, jedoch nie angemessen behandelt wurde, da entsprechende Vorschläge der Kommission fehlten;
4. verweist auf die Schreiben seines Präsidenten vom 28. März 2018 an den Präsidenten der Kommission und den amtierenden Ratsvorsitz, in denen er angesichts der Vorrechte des Parlaments als Mitgesetzgeber bedauerte, dass es nicht in das Verfahren zur Auswahl des neuen Sitzes der Europäischen Arzneimittel-Agentur einbezogen wurde, und eine entsprechende Überarbeitung der gemeinsamen Erklärung und des gemeinsamen Konzepts forderte; fordert die Kommission auf, die erforderlichen Vorschläge auf der Grundlage einer eingehenden Analyse der Umsetzung der gemeinsamen Erklärung und des gemeinsamen Konzepts auszuarbeiten, wie vom Rat in seiner Antwort auf das oben erwähnte Schreiben gefordert;
5. weist darauf hin, dass die Haushaltspläne der Agenturen mit dem Grundsatz der ergebnisorientierten Haushaltsplanung in Einklang stehen und unter Berücksichtigung der Ziele der Agentur und der im Rahmen ihrer Tätigkeiten beabsichtigten Ergebnisse veranschlagt werden sollten; fordert einen thematischen Ansatz bei der Haushaltsplanung der dezentralen Agenturen, damit den Aufgaben der Agenturen mehr Vorrang eingeräumt und die Zusammenarbeit verbessert werden kann sowie Überschneidungen verhindert werden können, vor allem bei Agenturen, die im selben Fachbereich tätig sind;
6. ist besorgt wegen möglicher Interessenkonflikte, die auftreten können, wenn Agenturen sich auf Mitgliedsbeiträge als Haupteinnahmequelle stützen müssen; bekräftigt, dass die Agenturen sich dieses Reputationsrisikos bewusst sind und – auch für die Planung entscheidende – stetige und berechenbare Einnahmen aus dem EU-Haushalt bevorzugen würden, statt sich auf Beiträge verlassen zu müssen, die unberechenbar sind und von

Jahr zu Jahr variieren; fordert die Kommission auf, einen Vorschlag dahingehend zu unterbreiten, dass die Beiträge direkt an die Kommission entrichtet und im Gegenzug die Agenturen mit regelmäßigen Zuschüssen aus dem EU-Haushalt versorgt werden;

7. fordert konkrete Maßnahmen zur Angleichung der Gehaltskoeffizienten, damit diese eher den tatsächlichen Kosten entsprechen;
8. fordert erneut gestraffte und harmonisierte Berichtspflichten, insbesondere für den jährlichen Tätigkeitsbericht, den Bericht über die Haushaltsführung und das Finanzmanagement und die endgültigen Jahresabschlüsse;
9. fordert die Agenturen auf, dem Parlament detailliert über die Maßnahmen zu berichten, die ergriffen wurden, um die Empfehlungen der Entlastungsbehörde („Folgeberichte“) und diejenigen des Rechnungshofs umzusetzen;
10. weist darauf hin, dass die Agenturen, um neue Aufgaben angemessen zu bewältigen, konstante Effizienzgewinne anzustreben, freie Stellen rasch und effektiv zu besetzen und ihre Kapazität, Sachverständige anzusprechen, zu steigern, ihren Personalbestand und den Bedarf an zusätzlichen personellen und finanziellen Ressourcen anhaltend überwachen und bewerten sowie erforderlichenfalls einschlägige Anträge stellen sollten, um ihre Aufgaben und Zuständigkeiten adäquat wahrnehmen zu können;
11. stellt fest, dass für die Prüfung der dezentralen Agenturen „weiterhin in vollem Umfang der Rechnungshof verantwortlich [ist], der für alle Verwaltungs- und Auftragsvergabeverfahren Sorge trägt und diese finanziert“; bekräftigt, dass die Prüfung durch Prüfer aus der Privatwirtschaft den Verwaltungsaufwand der Agenturen erheblich gesteigert und, da mehr Zeit für die Vergabe und Verwaltung von Prüfaufträgen aufgewendet wurde, zusätzliche Ausgaben generiert hat, wodurch ihre sinkenden Mittel noch stärker unter Druck gerieten; betont, dass dieses Problem unbedingt im Einklang mit dem gemeinsamen Konzept im Kontext der Überarbeitung der Rahmenfinanzregelung gelöst werden muss; fordert alle an dieser Überarbeitung Beteiligten auf, in dieser Frage dringend Klarheit zu schaffen, um den übermäßigen Verwaltungsaufwand erheblich zu verringern.

## ANGABEN ZUR ANNAHME IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

<b>Datum der Annahme</b>	7.1.2019
<b>Ergebnis der Schlussabstimmung</b>	+: 8 -: 0 0: 2
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder</b>	Dennis de Jong, Ingeborg Gräßle, Georgi Pirinski, José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra, Bart Staes
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter</b>	Karin Kadenbach, Andrey Novakov
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 200 Abs. 2)</b>	Pervenche Berès, John Howarth, Jude Kirton-Darling

## NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

<b>8</b>	<b>+</b>
GUE/NGL	Dennis de Jong
PPE	Ingeborg Gräßle
S&D	Pervenche Berès, John Howarth, Karin Kadenbach, Jude Kirton-Darling, Georgi Pirinski
VERTS/ALE	Bart Staes

<b>0</b>	<b>-</b>

<b>2</b>	<b>0</b>
PPE	Andrey Novakov, José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra

Erklärung der benutzten Zeichen:

+ : dafür

- : dagegen

0 : Enthaltungen